



#dieschmidt

der newsletter

12.02.2021

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

am vergangenen Wochenende haben wir uns zur Jahresauftaktklausur des SPD Parteivorstands digital getroffen und unseren Zukunftsversprechen eine Richtung gegeben. Die Zukunftsmissionen, die unser Kanzlerkandidat Olaf Scholz vorgestellt hat, sind neben unserem Sozialstaatskonzept ein zweiter Impuls, für unser Regierungsprogramm:

- Wir wollen, dass Deutschland spätestens 2050 ein klimaneutrales Land sein wird. Wir wollen allen Menschen für ihr individuelles Alltagsleben eine klimafreundliche Alternative bieten. Das geht von Jobs und Mobilität bis Wohnen und Ernährung. Dafür brauchen wir einen kräftigen Ausbau der Infrastruktur und der Erneuerbaren Energien. Denn nur wenn klimafreundlichen Alternativen flächendeckend für alle zur Verfügung stehen, kann die Aufgabe bewältigt werden.
- Wir wollen bis 2030 das modernste Mobilitätssystem Europas in Deutschland aufbauen. Mobilität bedeutet Teilhabe: Im Berufsleben, der Ausbildung oder dem Privatleben. Alle müssen ein Angebot bekommen, das sie schnell, zuverlässig, unkompliziert und klimafreundlich von A nach B kommen können. Egal, ob in der Stadt oder auf dem Land.
- Wir wollen, dass Deutschland und Europa 2030 eine führende Rolle in der digitalen Wertschöpfung einnimmt. Eine voll-digitalisierte Verwaltung soll für alle Menschen schnell und einfach erreichbar sein. Diese digitale Welt muss den Regeln und Werten folgen, die wir als Gesellschaft für uns festlegen und nicht umgekehrt.
- Wir wollen eine moderne Gesundheitsversorgung für alle Menschen. Wir wollen aber auch eine starke Gesundheitswirtschaft, die als „Apotheke der Welt“ Innovationen bündelt und neue Maßstäbe setzt. Die medizinische Versorgung muss stärker auf die Prävention ausgerichtet werden, sodass wir Menschen besser davor schützen können, krank zu werden. Zudem setzen wir uns für eine Bürgerkranken- und Pflegeversicherung ein, damit alle gut gepflegt werden.

Ich bin froh und stolz darauf, in den kommenden Wochen entscheidend am Regierungsprogramm mitarbeiten zu dürfen. [\(Alle Zukunftsmissionen gibt es hier\)](#)

Wir stärken den **Sozialstaat** – weil es in der Krise auf **Solidarität** ankommt.

Neu:

- ☒ 150 Euro Corona-Zuschlag, Laptops für Schülerinnen und kostenfreie FFP2-Masken für Menschen in Grundsicherung
- ☒ 150 Euro Kinderbonus (anrechnungsfrei)

Verlängert bis 2021:

- ☒ vereinfachter Zugang zur Grundsicherung
- ☒ vereinfachte Vermögensprüfung bei Kinderzuschlag
- ☒ kein Mindesteinkommen für Künstlersozialkasse
- ☒ Hilfen für Soziale Dienste & Einrichtungen

SPD
Fraktion im
Bundestag

Für viele Menschen in der Grundsicherung haben die letzten Monate erhebliche zusätzliche soziale und finanzielle Belastungen bedeutet. Mit dem Sozialschutzpaket III haben wir in dieser Woche deshalb weitere Corona-Hilfen beschlossen. Erwachsene in der Grundsicherung erhalten einen Einmalbonus in Höhe von 150 Euro. Kinder aus Familien in der Grundsicherung erhalten zudem mobile Endgeräte vom Jobcenter zur Teilnahme am Home-Schooling. Außerdem haben wir mit dem Sozialschutzpaket III den erleichterten Zugang zur Grundsicherung, den wir schon im vergangenen Jahr beschlossen haben, bis zum 31.12.2021 verlängert. In meiner Rede habe ich hierzu heute deutlich gemacht, dass wir nicht nur Menschen in der Grundsicherung, sondern auch Menschen mit geringem Einkommen unterstützen müssen. Dafür setzen wir uns in den parlamentarischen Beratungen in den

kommenden Wochen ein. [\(hier geht es zu meiner ganzen Rede\)](#) Zudem habe ich gemeinsam mit meiner Kollegin Ulla Schmidt für die Bundestagsfraktion eine Pressemitteilung herausgegeben. [\(Hier geht es zur Pressemitteilung\)](#)

Mit solidarischen Grüßen
Dagmar Schmidt, MdB

Für einen schnellen Ausbau von Ladesäulen



Vor allem für diejenigen, die kein eigenes Haus haben und zur Miete wohnen gibt es bisher kaum Möglichkeiten, ein eigenes Elektrofahrzeug wohnortnah zu laden. Damit der Umstieg auf Elektrofahrzeuge eine attraktive Alternative für alle Menschen ist, benötigen wir eine Ladesäuleninfrastruktur, die allen unkompliziert zur Verfügung steht. Deshalb verpflichten wir Bauunternehmen, dass beim Bau von Wohnanlagen mit mehr als 5 Stellplätzen jeder Stellplatz mit Strom versorgt werden muss. Bei öffentlichen Gebäuden, wie beispielsweise Supermarktparkplätzen, muss ab 6 Stellplätzen jeder dritte mit einer Ladestation ausgestattet sein. Hierdurch erreichen wir, dass in der breiten Fläche für alle leicht zugängliche Lademöglichkeiten geschaffen werden. Mit dem Klimaschutzpaket haben wir uns das Ziel gesetzt, dass bis ins Jahr 2030 sieben bis zehn Millionen Elektrofahrzeuge auf unseren Straßen unterwegs sind.

Für humanitäre Hilfe und Sicherheit in Krisenregionen



Anders als in Frankreich entscheidet in Deutschland der Bundestag über jeden Auslandseinsatz der Bundeswehr – die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee. Jede Entscheidung wird öffentlich transparent diskutiert. In dieser Woche haben wir zwei Mandate von Einsätzen der Bundeswehr bis zum 31. März 2022 verlängert. Zehn Jahre nach der Unabhängigkeit im Südsudan bleibt die Sicherheitslage nach wie vor instabil. Von den rund 12 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern sind über 7 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe, da sie insbesondere von Hunger bedroht sind. Die Bundeswehr schützt mit 50 Soldatinnen und Soldaten in einer Mission der Vereinten Nationen die Zivilbevölkerung und unterstützt den Weg zu freien Wahlen in 2022. Mit dem zweiten Mandat wird die NATO-Mission Sea Guardian fortgeführt. Hierbei sind bis zu 650 deutsche Soldatinnen und Soldaten im Einsatz, um den Seeweg im Mittelmeer vor terroristischen Organisationen zu schützen, die dort illegale Aktivitäten wie Menschenhandel oder Waffenschmuggel unternehmen. Hierzu überwacht die Bundeswehr den Seeraum und führt Kontrollen bei verdächtigen Schiffen durch.

NS-Begriffe aus dem Gesetz gestrichen



Immer noch gibt es Gesetzesvorschriften, die aus der Zeit des Nationalsozialismus stammen. Oft werden dort noch sprachliche Bezüge zum ursprünglichen Reichsrecht hergestellt. Was eigentlich schon längst selbstverständlich sein sollte, haben wir diese Woche beschlossen: wir haben das Gesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen sprachlich geändert, damit diese Bezüge nicht mehr im Bundesrecht vorkommen. In diesem Gesetz, das vom 5. Januar 1938 stammt war bisher zum Beispiel die Rede vom „Reichsminister des Innern“ und vom „Deutschen Reich“. Der eigentliche Gesetzestext bleibt nach der Änderung gleich.

Für eine verlässliche nationale Datenstrategie



Die Pandemie hat es sehr deutlich gezeigt: Im Bereich der Digitalisierung ist in Deutschland in allen Bereichen, egal ob in Schulen, in der öffentlichen Verwaltung oder im Gesundheitswesen noch viel Luft nach oben. Mit der von der Bundesregierung vorgestellten nationalen Datenstrategie wollen wir dafür sorgen, dass in Zukunft Deutschland digitaler Spitzenreiter wird. Daten retten Leben. Das zeigt sich zum Beispiel durch das bundesweite Krebsregister, was Daten aus allen Bundesländern zusammenführt und so der Wissenschaft wichtige Aufschlüsse über Krebserkrankungen gibt. So wichtig diese Daten sind, umso wichtiger ist der Umgang mit ihnen. Für uns ist vor allem der Datenschutz ein zentrales Anliegen.

[\(...weiterlesen\)](#)

Mit starken Hilfen gut durch die Krise



Wir haben in dieser Woche weitere Hilfen im Zuge der Bekämpfung der Corona-Pandemie beschlossen. Wie bereits im vergangenen Jahr unterstützen wir erneut Familien mit einem Kindergeldbonus von 150 Euro pro Kind. Dadurch, dass der Bonus nicht auf die Grundsicherung angerechnet wird, kommt er vor allem Familien mit kleinen und mittleren Einkommen zu Gute und sorgt für eine echte Entlastung. Wir unterstützen Kunst und Kultur, die aktuell besonders unter den Schließungen leiden, indem wir die Neustarthilfe mit einer weiteren Milliarde Euro aufstocken. Damit werden Theater, Konzerthäuser und alle Kulturschaffenden unterstützt, um

Hygienekonzepte umsetzen zu können, aber auch neue Ideen für Veranstaltungsformate zu entwickeln. Auch die Hilfen für Soloselbstständige haben wir angepasst: Diese erhalten für die ersten 6 Monate des Jahres 2021 einen Zuschuss in Höhe von 25 Prozent des Jahresumsatzes von 2019, maximal 7500 Euro. Viele Schauspielerinnen und Schauspieler konnten bisher nicht auf Hilfen zurückgreifen, weil sie oftmals nur kurzfristig beschäftigt waren. Auch für diese kurzfristig Beschäftigten wird die Neustarthilfe jetzt greifen.

. In der Gastronomie spitzt sich die Lage bedauerlicherweise weiter zu. Deshalb haben wir hier entschieden, den ermäßigten Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent bis Ende 2022 zu verlängern.